

11.25

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich bedanke mich, dass wir zu diesem sehr aktuellen Thema heute die Aktuelle Stunde abhalten können, anlässlich der Ratifizierung des Pariser Weltklimaabkommens, das vor Weihnachten im Rahmen der COP 21 ausverhandelt und mittlerweile auch von 178 Staaten dieser Welt unterzeichnet worden ist. Ich denke, wir diskutieren heute hier also eine sehr aktuelle Thematik.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist äußerst aktuell. Klimawandel findet statt, das sehen wir gerade heute in diesen Stunden. Dadurch, dass es wieder Starkregenereignisse mit massiven Vermurungen in den Gebirgsregionen unseres schönen Landes gegeben hat, zeigt sich, dass wir heute mit Wetterphänomenen konfrontiert sind, die es in der Vergangenheit in der Art bei uns nicht gegeben hat. Das ist eine unmittelbare Auswirkung des Klimawandels, der Klimaerwärmung.

Wer, und das wurde schon zitiert, eine wissenschaftliche Grundlage hierfür sucht, dem kann ich nur den „Österreichischen Sachstandsbericht Klimawandel 2014“ der österreichischen Umweltexperten und Klimaschutzexperten empfehlen: 240 Wissenschaftler in Österreich haben da im September 2014 mit der gleichen Stimme gesprochen und uns diesen sehr aktuellen Sachstandsbericht vorgelegt – das ist sehr beeindruckend.

Klimawandel findet statt, und die Alpenregion, das wurde auch vorhin gerade erwähnt, ist ganz besonders von den Auswirkungen betroffen, weil eben der Alpenraum ein ökologisch sehr sensibler Raum ist und den Schwankungen des Klimas extrem ausgesetzt ist. Dadurch kommt es auch zu entsprechendem Ausschlagen der Messwerte.

Für diejenigen, die diesen Sachstandsbericht gelesen und sich auch mit den globalen Auswirkungen beschäftigt haben, ist klar: Nichtstun ist keine Option. Auch die viel beachtete Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus, die vor dieser globalen Herausforderung auch in sozialer Hinsicht die Solidarität der internationalen Staatengemeinschaft einmahnt, fordert uns auf, hier Schritte – und zwar nachhaltige Schritte – zu setzen, um dem Weltklimawandel entgegenzutreten. Ich denke, das ist gerade vor dem Hintergrund der Schöpfungsverantwortung ein klarer Auftrag und eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Heute sind etwa 60 Millionen Flüchtlinge auf der Welt unterwegs, ein großer Teil davon sind auch Klimaflüchtlinge. Wenn uns die Prognosen bis 2050 für den Fall des Nichtstuns zeigen, dass bis 2050 weltweit die Zahl der Flüchtlinge auf ein Zehnfaches steigen wird – ein Großteil davon Klimaflüchtlinge –, dann ist klar, dass etwas zu tun ist.

Umso wichtiger war es eben, dass wir bei der COP 21 die Einigung von 195 Staaten dieser Welt und der Europäischen Union als Staatengemeinschaft erreicht haben. Da wurde ein Durchbruch erzielt. Die Europäische Union war in diesen Verhandlungen sehr aktiv, war Vorreiter in vielen Fragen. Ich durfte für die Umweltminister der Europäischen Union auch einen Teil dieser Verhandlungen selbst mit führen, und die Europäische Union hat in der Koalition der ambitionierten Staaten ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser Weltklimavertrag zustande gekommen ist.

Dieser Vertrag bezieht als erstes globales Abkommen, in der historischen Dimension, auch die großen Emittenten dieser Welt mit ein, etwa die USA und China, die ja einen Großteil der weltweiten Emissionen an Treibhausgasen verursachen, oder auch die großen Schwellenländer, die auch mit Verpflichtungen in diesen Weltklimavertrag einsteigen.

Ich denke daher schon, dass die Bezeichnung dieses Abkommens als historisch richtig ist. Wahrscheinlich ist die Ratifizierung, die wir im Nationalrat letzte Woche diskutiert und mehrheitlich beschlossen haben, das wichtigste legislative Gesetzeswerk in dieser Legislaturperiode. Das möchte ich in dieser Form klar feststellen.

Ich bin sehr froh darüber, dass heute bereits 178 Staaten der Welt das Abkommen unterzeichnet haben. Ich durfte für die Republik Österreich am 22. April in New York die Unterschrift unter dieses Abkommen setzen, ich freue mich darüber und ich bin stolz auf Österreich und darauf, dass wir heute als drittes EU-Mitgliedsland die Ratifizierung besiegeln werden. Ich sehe das schon als ein Zeichen, dass wir die Verantwortung klar übernommen haben.

Auch die Europäische Union ist sich dieser Dimension bewusst, und wir haben beim Umweltministerrat im Juni in Luxemburg einen Beschluss der Umweltminister aller 28 EU-Mitgliedstaaten gefasst, dass die Europäische Union ebenfalls sehr rasch den Ratifikationsprozess starten soll und noch im Herbst dieses Jahres dazu auf europäischer Ebene ein Beschluss zustande kommen soll. Die diesbezüglichen Vorschläge der Europäischen Kommission liegen auch bereits vor.

Die Dekarbonisierung unserer Energiesysteme, unserer Mobilitätssysteme, unserer Wirtschaft de facto bis zur Mitte des Jahrhunderts ist das klare Ziel, das ist das Gebot

der Stunde, um möglichst nahe am Ziel der 1,5-Grad-Erwärmung zu bleiben und eben nicht, wie dies bei Nichtstun der Fall wäre, eine Welterwärmung von vier Grad zu akzeptieren.

Die globale Energiewende ist das Gebot der Stunde, und ich greife gerne, Frau Bundesrätin Schreyer, die Notwendigkeit rascher Maßnahmen auf. Ich denke, es ist gut und richtig, dass wir diesen Prozess der integrierten Klima- und Energiestrategie sehr breit aufgestellt haben, mit einem Konsultationsprozess auf der Grundlage des Grünbuches, das wir gemeinsam erarbeitet haben – vier Ministerien: das Umweltressort, das Ressort für Wirtschaft und Energie, das Verkehrsministerium und auch das Sozialministerium. Das stellt die Grundlage für die Erstellung einer gemeinsamen, sehr breit und konsensual erarbeiteten Strategie dar.

Ich denke, das ist ein richtiger Prozess, aber – und ich habe das anlässlich der parlamentarischen Enquete am 23. Juni auch schon vorgeschlagen, wir haben das auch rechtlich prüfen lassen –: Ein sofortiger Ausstieg aus der Raumwärme aus fossilen Energieträgern kann jetzt sofort umgesetzt werden, so wie in Dänemark, das ist ein sehr gutes Beispiel. Dazu lade ich die Bundesländer ein, die haben nämlich da die rechtliche Kompetenz. Ich lade daher Sie als Bundesräte und Bundesrätinnen dazu ein, gehen Sie in Ihren Bundesländern zu den entsprechenden verantwortlichen Klimaschutzreferenten – das ist bei Ihnen (*in Richtung der Bundesrätin Schreyer*) Landeshauptmann-Stellvertreterin Felipe –, die können das jetzt schon umsetzen! Daher, wenn Sie für rasche Maßnahmen plädieren: Bitte setzen Sie das in den Bundesländern möglichst schnell um! Ich unterstütze die Bundesländer in dieser Frage mit aller Kraft.

Ich möchte abschließend festhalten und betonen, dass es uns sehr wichtig ist, dass dieser Konsultationsprozess sehr breit durchgeführt wird. Es ist bereits eine Onlinekonsultation freigeschaltet, und ich lade alle dazu ein, sich da möglichst aktiv zu beteiligen, um einen Beitrag für eine langfristige Strategie, die letztlich eine Strategie der Dekarbonisierung unseres Energie-, Mobilitäts- und Wirtschaftssystems sein muss und sein soll, zu leisten.

Ich bin überzeugt davon, dass das der richtige Weg ist, der Weg in unsere Zukunft, ganz im Sinne des Denkens in Generationen und auch im Sinne dessen, dass damit Arbeitsplätze geschaffen werden, und zwar im Land selbst. Wir kaufen nach wie vor um bis zu 12 Milliarden € Energie aus dem Ausland, fossile Energieträger, die gleichzeitig unsere Umwelt verschmutzen. Diese Wertschöpfung können wir mit

erneuerbaren Energieträgern im eigenen Land halten, mit Arbeitsplätzen, die im Land bleiben.

Daher muss diese Energiewende hin zu erneuerbaren Energieträgern unser gemeinsames Ansinnen sein, um eben Wertschöpfung und Arbeitsplätze – grüne Arbeitsplätze, mit einer klimaeffizienten Industrie – in Österreich, in diesem lebenswerten Land, zu schaffen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ, Grünen und bei Bundesräten der FPÖ.)*

11.34

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Ich mache darauf aufmerksam, dass die Redezeit aller weiteren Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Aktuellen Stunde nach Beratung in der Präsidialkonferenz 5 Minuten nicht übersteigen darf.

Zu Wort gelangt Herr Bundesrat Preineder. – Bitte, Herr Bundesrat.